



# **Beschlüsse**

**des Landesparteitags  
der SPD Baden-Württemberg  
in Heilbronn**

**22. Oktober 2016**

# STATUTENÄNDERUNG

## Antragsbereich Statut / Antrag 1:

### **Landesdelegiertenkonferenz (kleiner Landesparteitag) § 16 (neu)**

(1) Die Landesdelegiertenkonferenz setzt sich aus **180** von den Kreiskonferenzen gewählten Delegierten zusammen. Die Verteilung der Mandate erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die in den voraus gegangenen vier Quartalen Pflichtbeiträge abgerechnet worden sind. Jeder Kreisverband erhält ein Grundmandat.

(2) Mit beratender Stimme nehmen teil:

1. die Mitglieder des Landesvorstandes;
2. die Revisoren und Revisorinnen;
3. die vom Landesvorstand bestellten Konferenzreferenten und -referentinnen;
4. die Mitglieder der Landtagsfraktion und die im Bereich des Landesverbandes gewählten Mitglieder der Bundestagsfraktion und der Fraktion im Europäischen Parlament;
5. die im Bereich des Landesverbandes tätigen Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen;
6. die Mitglieder der Antragskommission;
7. die Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaften
8. und ein Sprecher oder eine Sprecherin der Juso-Hochschulgruppen.

(3) Die Landesdelegiertenkonferenz prüft die Legitimation der Teilnehmer, wählt die Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung. Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend ist.

(4) Über die Verhandlung der Landesdelegiertenkonferenz wird ein Beschlussprotokoll angefertigt. Das Beschlussprotokoll ist allen Delegierten und den Organisationsgliederungen zuzusenden.

(5) Die Einberufung der Landesdelegiertenkonferenz erfolgt durch den Landesvorstand. Die Einberufung mit Bekanntgabe der vorläufigen Tagesordnung hat mindestens einen Monate vor dem Termin zu erfolgen. Eine Vorankündigung der Landesdelegiertenkonferenz gegebenenfalls mit Nennung des Themenschwerpunkts soll mindestens 6 Wochen vor dem Termin ergehen.

(6) Auf Antrag von zwei Fünftel der Kreisverbände hat der Landesvorstand eine Landesdelegiertenkonferenz einzuberufen.

(7) Anträge zur Landesdelegiertenkonferenz müssen mindestens vier Wochen vor Tagungsbeginn beim Landesverband eingegangen sein. Anträge müssen Angaben über die antragsberechtigte Organisationsgliederung, Ort und Datum des Beschlusses enthalten.

(8) Die Anträge sind den Delegierten und den Organisationsgliederungen mit einer Stellungnahme der Antragskommission eine Woche vor der Landesdelegiertenkonferenz zuzustellen.

*(9) Zur Landesdelegiertenkonferenz gelten die Antragsberechtigungen zum Landesparteitag entsprechend.*

**Aufgaben der Landesdelegiertenkonferenz (neu)**  
**§ 17 (neu)**

*(1) Die Landesdelegiertenkonferenz ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen und fasst Beschlüsse soweit sie nicht einem anderen Organ durch Gesetz oder Satzung vorbehalten sind.*

*(2) Die Landesdelegiertenkonferenz beschließt über die vom Landesparteitag überwiesenen Anträge.*

**Kreisvorsitzendenkonferenz**  
**§ 18**

# Arbeitsprogramm

## Antragsbereich AP / Antrag 1:

### **Sozial, glaubwürdig und bunt – mit Tatkraft und Visionen für eine starke SPD**

#### **Ausgangslage**

In einem breit angelegten Beteiligungsprozess haben wir unser bitteres Ergebnis bei der Landtagswahl im März 2016 analysiert und Ideen für die Erneuerung der SPD Baden-Württemberg gesammelt, um in Zukunft erfolgreicher zu sein. Wir danken allen Mitgliedern, die sich über die vielfältigen Plattformen eingebracht haben. Jetzt gilt es, die Wahlniederlage abzustreifen und die gemeinsam gezogenen Lehren aus diesem Wahlergebnis auch in unserer Arbeit umzusetzen, die Oppositionsrolle im Land konsequent anzunehmen und den Blick nach vorne zu richten.

Die vorgezogene Neuwahl des Landesvorstands bietet uns die Chance, um Leni Breymaier ein Team aus bekannten und neuen Gesichtern zu präsentieren und die SPD damit als soziale, glaubwürdige und bunte Partei mit Tatkraft und Visionen aufzustellen. Dem Landesvorstand als Führungsgremium kommt hier zweifellos eine Vorbildfunktion zu.

Denn dieser tiefgreifende Erneuerungsprozess muss sich fortsetzen. Wir wollen die Attraktivität der Partei für die Breite der Gesellschaft – auch für Junge, Frauen und Migrant/innen – in der Fläche des Landes weiter erhöhen.

Parallel zum laufenden Erneuerungsprozess stehen die Planungen und Vorbereitungen zur Bundestagswahl, die voraussichtlich im September 2017 stattfindet. Hinzu kommen auch die Vorbereitungen für die Kommunal- und die Europawahlen im Jahr 2019. Wir werden uns bereits in dieser Amtsperiode der Herausforderung stellen, wie wir uns thematisch und organisatorisch dafür aufstellen.

#### **Inhaltliches Profil schärfen**

Gutes, möglichst reibungsloses Arbeiten reicht nicht aus, um sozialdemokratisches Profil zu zeigen. Es ist unser Ziel, durch breite inhaltliche Diskussionen die Bandbreite der SPD aufzuzeigen.

Eine gerechte Gesellschaft ist das zentrale politische Ziel der SPD. Dabei steht der Mensch im Mittelpunkt jedes politischen Handelns. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der alle Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, Religion oder sexueller Orientierung – frei, selbstbestimmt und gut, in Würde, mit gerechten Chancen und gleichen Rechten für alle zusammenleben können. Wir stehen für eine Gesellschaft, in der die Schwachen nicht vergessen werden, eine Gesellschaft, die an Aufstieg durch Bildung glaubt und sich am Gemeinwohl orientiert.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt funktioniert nur, wenn es gerecht zugeht. In Deutschland und Baden-Württemberg ist die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Chancen aber immer ungleicher geworden. Die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit wird gebraucht. Dringend. Allerdings nur, wenn sie sich auf ihr zentrales politisches Ziel besinnt und ihre Politik an Fragen der sozialen Gerechtigkeit ausrichtet.

Die SPD muss die Partei der (sozialen) Sicherheit sein. Gerade in einer globalisierten Welt mit internationalen Herausforderungen ist es wichtig, für größtmögliche Sicherheit und Geborgenheit zu sorgen. Die SPD muss die Partei der gerechten Verteilung und gleichen Rechte, der Chancen und Hoffnungen sein. Dabei sind Gerechtigkeit und Fortschritt für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten keine Gegensätze. Die SPD war immer dann erfolgreich, wenn sie Innovation und Gerechtigkeit, Fortschritt und Zusammenhalt miteinander verbunden hat. Wir sind erfolgreich, wenn wir auf der einen Seite das Vertrauen unserer klassischen Anhängerschaft haben, zum anderen aber auch attraktiv sind für neue Wählerschichten.

Die Verknüpfung unserer langfristigen Ziele, gar eine sozialdemokratische Vision mit der Tagespolitik gelingt uns bisher schlecht. Wir sagen selten, welchen Beitrag bestimmte Einzelmaßnahmen zum großen Ganzen leisten sollen, sondern bleiben beim Klein-Klein stehen. Und wir haben langfristige Ziele, von denen wir gar nicht wissen, wie wir sie erreichen wollen.

Es gibt also Lücken in der Programmatik, die wir angehen müssen. Wir wollen deshalb klären, was soziale Gerechtigkeit heute bedeutet. Hierfür definieren wir folgende Ziele:

1. Die ungleiche Entwicklung von Einkommen und Vermögen muss überwunden werden. Wir wollen die Schere zwischen Arm und Reich schließen.
2. Die verlässliche, zukunftsfähige und gerecht finanzierte Absicherung der Menschen gegen die fundamentalen Lebensrisiken.
3. Armut in unserer reichen Gesellschaft nehmen wir nicht hin. Deshalb wollen wir Armut verhindern und Teilhabe für alle ermöglichen.
4. Die öffentliche Infrastruktur muss erhalten und ausgebaut werden. Hierfür brauchen wir finanzielle Spielräume und gerechte Finanzierungsvorschläge.
5. Eine durchlässige Gesellschaft, in der Aufstieg für jeden Menschen möglich ist.
6. Wir wollen, dass Familien in sozialer Sicherheit leben können und vom Staat und seiner Gesellschaft unterstützt und gefördert werden, damit jedes Familienmitglied die Möglichkeit hat, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.
7. Die Gleichstellung der Geschlechter und Lebensentwürfe in allen Lebensbereichen.
8. Wir wollen auch die Arbeitswelt von morgen gerecht gestalten.
9. Wir wollen das Gemeinschaftsgefühl der Gesellschaft stärken und geeint in Vielfalt gut zusammenleben. Die gelingende Integration aller Menschen, die in Baden-Württemberg leben, ist eine der wesentlichen gesellschaftlichen Herausforderungen, die wir anpacken, in der Kommune, im Land, im Bund und auf europäischer Ebene.
10. Wir wollen, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und einen Platz in der Gesellschaft erhalten. Aus diesem Grund werden wir die Inklusion in allen Lebensbereichen verbessern und inklusive Modelle stärken.
11. Die Entwicklung einer Zukunftsvision, die uns und potentielle Wähler/innen begeistert und zuversichtlich in die Zukunft blicken lässt.
12. Eine Politik der Nachhaltigkeit. Wir wollen unsere Sozialversicherungen, unseren Umgang mit Ressourcen, den Erhalt unserer Infrastruktur und die Finanzierung der Bildung so ausgestalten, dass diese den kommenden Generationen in mindestens vergleichbarem Ausmaß zur Verfügung stehen.

All dies wollen und müssen wir stärker als bisher ausgehend von der Lebensrealität derjenigen beschreiben, die wir mit unserer Politik erreichen und unterstützen wollen – die Menschen in Baden-Württemberg, die nur ihren Kopf und ihre Hände zu verkaufen haben, die arbeitende Bevölkerung unseres Landes und ihre Familien, diejenigen, die sich an die Regeln halten und ihre Steuern und Abgaben zahlen. Sie erwarten in erster Linie Rahmenbedingungen für gute und sichere Arbeit, gute Bildung für ihre Kinder, bezahlbaren Wohnraum und die Möglichkeit selbst (Wohn-)Eigentum zu bilden, soziale Sicherheit und sichere Lebensbedingungen, Zeit für ihre Familien und das Ehrenamt. Dies alles steht im Zentrum sozialdemokratischer Politik.

## **Parteiarbeit modernisieren**

Wir werden die Strukturen und Gremien der Landes-SPD neu aufstellen. Weniger Binnenfixierung, mehr Ergebnisorientierung – das ist unser Leitgedanke. Dazu wollen wir den Landesvorstand als Führungsgremium stärken, der mit klaren Zuständigkeiten arbeitet und strategische Entscheidungen trifft.

Wir werden die Arbeit des Landesvorstandes auf geänderte Rahmenbedingungen ausrichten. Mit dem Verlust an Mandaten gehen steigende Verpflichtungen für den Landesvorstand einher. Die vier regionalen stellvertretenden Landesvorsitzenden müssen, neben repräsentativen Aufgaben nach Außen, die Betreuung ihrer Region in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Dabei müssen Inhalte, Strategien und Entscheidungen des Landesvorstandes hin zu den Kreisvorsitzenden und Abgeordneten in der Region genauso getragen werden, wie das Aufgreifen von Initiativen aus den Reihen der Kreis- und Ortsvereinsvorsitzenden. Kreisverbände und Ortsvereine müssen durch die stellvertretenden Landesvorsitzenden und Beisitzer außerdem in ihrer politischen Arbeit unterstützt und beraten werden.

Mit der Einführung eines kleinen Parteitages und einer kommunalpolitischen Mandatsträgerkonferenz, der Stärkung der Kreisvorsitzendenkonferenz und der direkten Mitgliederbeteiligung ermöglichen wir gleichzeitig mehr Beteiligung und werten damit die Arbeit in unserer Partei auf.

So wollen wir langfristige Zukunftsthemen angehen, dabei Prioritäten setzen und dann klare Positionen verabreden und beziehen. Das gelingt uns, wenn wir eine positive Streitkultur pflegen und Debattenräume schaffen – und wenn wir eine klare, verständliche, auch emotionale Sprache für unsere politischen Inhalte entwickeln.

Dabei gilt es, auch die politische Kommunikation und die Debattenkultur innerhalb der SPD zu verändern. Geschlossenheit heißt für uns nicht die Abwesenheit von Diskussion und Streit. Sie bedeutet, dass alle Akteure bereit sein müssen, für ihre Anliegen zu streiten, den gemeinsamen Beschluss im Anschluss aber mitzutragen. Erst dann kann eine konstruktive Debattenkultur entstehen. Politischer Streit kann dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit durch den Diskurs erkennt, wofür die SPD steht.

Ein Schlüssel dazu ist die Professionalisierung unserer Kommunikation auf allen Ebenen. Wir werden wenige übergreifende Botschaften in den Vordergrund rücken und Einzelmaßnahmen diesen Botschaften zuordnen.

Nach der Bundestagswahl werden wir eine erneute Überprüfung unserer Parteistrukturen vornehmen. Im Sinne des fortlaufenden Erneuerungsprozesses werden wir diskutieren, was sich bewährt hat – und was nicht. Im Fokus wird dabei vor allem das Zusammenspiel zwischen sowie die Rollen und Aufgaben unserer Parlamentarier/innen, hauptamtlichen Mitarbeiter/innen und ehrenamtlich Engagierten stehen. Außerdem werden wir die Frage angehen, wie wir unsere ehrenamtlichen Funktionsträger/innen und deren Gliederungen von unnötiger Bürokratie und Formalien weiter entlasten können.

Dem mit dem Rückgang an Abgeordnetenmandaten einhergehende Verlust an Präsenz in der Fläche wollen wir etwas entgegensetzen. Der Landesvorstand wird daher die Regionen dabei unterstützen, im Zusammenspiel mit MdLs, MdBs, MdEPs und den örtlichen Mandatsträgern passende Betreuungsmodelle zu entwickeln.

Der Landesvorstand wird nach vier Jahren zum Ende der Legislatur dem Landesparteitag eine Evaluation der neu geschaffenen Landesdelegiertenkonferenz vorlegen und dabei insbesondere eine Einschätzung dazu abgeben, ob die verfolgten Ziele der schnelleren

Reaktion und Positionierung, der vertieften inhaltlichen Debatte und stärkeren Mitgliedereinbindung in die Entscheidungsprozesse erreicht wurden. Der Landesvorstand wird in dem Zwischenbericht eine Empfehlung abgeben, ob das Instrument der Landesdelegiertenkonferenz beibehalten werden soll.

### **Vertrauen gewinnen. Klare Haltung gegen Rechts.**

Viele Menschen haben Vertrauen in die Politik verloren. Sie sind verunsichert, besorgt und manchmal wütend, weil sie um Arbeitsplätze, ihre soziale Sicherheit, um die Ausbildung ihrer Kinder und ihre Zukunft und Sicherheit fürchten. Mit einer transparenten und partizipativen Politik wollen wir Vertrauen und Glaubwürdigkeit wiedergewinnen.

Rechtspopulistische und rechtsradikale Kräfte versuchen, daraus politisches Kapital zu schlagen. Hetze und Straftaten gegen Flüchtlinge haben ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Es ist und bleibt ausdrücklich Anspruch und historische Aufgabe der Sozialdemokratie, den Kampf gegen diese rechten Umtriebe zu führen. Dies tun wir:

- mit einer klaren Haltung gegen Rassismus, Homophobie, Antisemitismus und Islamophobie,
- mit einer Politik des sozialen Zusammenhalts, die zum Beispiel in bezahlbarem Wohnraum und gleiche Bildungschancen für alle investiert,
- mit einem klaren Bekenntnis zu den Werten unserer Verfassung; der besten, die wir in unserer Geschichte je hatten.

### **Oppositionsrolle im Land annehmen und Regierungsbeteiligung 2021 vorbereiten**

Die grün-schwarze Landesregierung hat schon nach wenigen Wochen gezeigt, dass sie keine Vorstellung davon hat, wohin unser Land sich in den nächsten Jahren entwickeln soll.

Die Belange von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie sozialer Zusammenhalt spielen keine Rolle. Im Regierungsstil haben sich die Grünen in atemberaubendem Tempo der CDU angepasst und sehen das Land zunehmend als ihr Eigentum an. Kommunen und Beschäftigten des Landes will die Landesregierung schamlos in die Tasche greifen,

Die SPD im Landtag von Baden-Württemberg ist die soziale Kraft. Unser Arbeitsschwerpunkt Soziale Gerechtigkeit umfasst alle Bereiche des menschlichen Daseins: vom gleichen Zugang zu Bildungschancen bei der Kinderbetreuung und in der Schule bis hin zu guten Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen in Stadt und Land. Wir wollen, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das betrifft u.a. den Arbeitsmarkt, den Zugang zu Infrastruktur, die Einbindung von Menschen, die „am Rand“ stehen und auch die Integration von Flüchtlingen.

Als SPD setzen wir uns für einen starken und handlungsfähigen Staat ein, der die Sicherheit für alle Menschen gleichermaßen gewährleistet – unabhängig von den persönlichen Voraussetzungen des Einzelnen. All dies setzt eine solide und zukunftsfähige Finanzpolitik voraus. Denn zur Herstellung gerechter Lebensverhältnisse müssen wir mit unseren Ressourcen nachhaltig und seriös umgehen. Wir pflegen ein enges und vertrauensvolles Verhältnis mit unseren Kommunen, für deren Interessen wir eintreten.

### **Die nächsten Schritte**

Dies alles zeigt: Unser begonnener Erneuerungsprozess hat Klarheit gebracht und Wege aufgezeigt. Jetzt kommt es darauf an, dass wir die gewonnenen Erkenntnisse als neuer Landesvorstand anpacken und konsequent umsetzen. Unsere konkreten Schritte für die kommenden zwei Jahre sind:

## **Bundestagswahl im Herbst 2017**

Die Bundestagswahl 2017 ist das bestimmende Ereignis für die SPD in der Amtsperiode des neuen Landesvorstands. Für uns ist klar: Wir werden um jedes einzelne Bundestagsmandat in Baden-Württemberg kämpfen!

Bereits im Landtagswahlkampf haben wir erleben müssen, wie mit Angst und mit Hass auf Stimmenfang gegangen wird. Umso wichtiger ist es, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Toleranz, Freiheit und Demokratie stehen. Nur mit einer starken SPD-Landesgruppe aus Baden-Württemberg in Berlin bleibt unser Land sozial und gerecht. Wir stehen für eine Gesellschaft, die zusammenhält!

Dabei wird es nicht zuletzt darauf ankommen, die Stimmungslage der Menschen im Sommer 2017 aufzunehmen. Entscheidend ist: Wir müssen dahin gehen, wo die Menschen sind!

Den Rahmen des Wahlkampfes bilden hierzu folgende Vorhaben, bei denen unserer Landesgeschäftsstelle und unseren Regionalzentren in Zeiten mit weniger Ressourcen eine noch höhere Verantwortung als bislang zukommen wird:

- Durchführung des Listenparteitages am 11. März 2017 in Schwäbisch Gmünd,
- Umsetzung der Bundestagswahlkampagne in Baden-Württemberg,
- Unterstützung der Schulungsangebote des Parteivorstands auf regionaler Ebene (Kandidierendencoaching, WK-Leiter/innen-Workshops, etc.),
- Durchführung einer Mobilisierungskonferenz für alle Kandidierenden sowie für Amts- und Mandatsträger/innen,
- Beobachtung der politischen Konkurrenz, um ggf. schnell reagieren zu können,
- Verstärkte Nutzung von digitalen Medien,
- Gewährleistung der Plakatierung und Präsenz in der Fläche des Landes.

Der Landesvorstand wird sich außerdem aktiv an der Erarbeitung des Regierungsprogramms beteiligen und dabei den Fokus klar auf soziale Gerechtigkeit legen.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen auch in Berlin wieder eine stärkere Rolle spielen. Die SPD Baden-Württemberg muss künftig stärker in der politischen Führung – in der Bundesregierung wie in den Parteigremien – verankert sein.

## **Fest im Blick: Die Kommunalwahl 2019**

Die Kommunalwahlen im Frühjahr 2019 sind für die SPD Baden-Württemberg eine große Chance, an die Serie von Erfolgen bei Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen anzuknüpfen. Wir sind stolz auf unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker!

In einer Arbeitsgruppe werden wir unseren kommunalen Sachverstand bündeln. Wir werden den bestmöglichen Service für die Ortsvereine sicherstellen. Wir werden von Seiten des Landesvorstands – unter Einbindung der kommunalen Mandatsträger/innen und der Kreisvorsitzendenkonferenz – folgende konkrete Schritte vorantreiben:

- Wir werden nach Personen suchen, die in der Zivilgesellschaft aktiv sind (oder werden könnten) sowie strategische Hilfestellung beim Aufstellen der Kommunallisten leisten. Denn schon jetzt gilt es, vor Ort Ausschau zu halten nach Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens, um sie für unsere Listen zu gewinnen.
- Wir werden die Kreisverbände und Ortsvereine bei der Öffnung ihrer Listen für Migrantinnen und Migranten unterstützen und dafür werben, dass mehr junge Menschen auf unseren Listen aussichtsreich vertreten sind. Im Hinblick auf die



Kommunalwahlen werden wir die Kandidierendensuche sowie die Qualifizierung der Kandidierenden fördern.

- Wir erfassen alle Kandidierenden ohne Parteibuch zentral und stellen sicher, dass diese – wenn gewollt – über die Aktivitäten der SPD informiert werden. Weiterhin werden wir wie bislang unseren Gliederungen einen umfassenden Service zur Verfügung stellen:
- Bereitstellung eines Angebots an Wahlkampfmaterialien durch den Landesverband – in enger Abstimmung mit der SGK (zum Beispiel Standardplakat und Standardlayout für Prospekte),
- Forcierung des vom Landesverband aufgelegten Mentoring-Programms zur Nachwuchsförderung unter Einbindung der Arbeitsgemeinschaften, um eine gute Mischung aus erfahrenen und neuen Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort zu befördern,
- Durchführung einer kommunalpolitischen Mandatsträgerkonferenz, auf der alle organisatorischen und inhaltlichen Angebote entwickelt und vorgestellt werden,
- Erarbeitung von Aktionspaketen und Materialien zur politischen Begleitung der bei der letzten Kommunalwahl eingeführten Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

### **OberbürgermeisterInnen- und BürgermeisterInnenwahlen**

Die SPD hat in Baden-Württemberg in den letzten Jahren eine ganze Reihe von – oft jungen – Kandidatinnen und Kandidaten hervor gebracht, die bei Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen erfolgreich waren. Das ist sehr erfreulich. Andererseits finden nahezu jedes Wochenende im Land Bürgermeisterwahlen statt – und zwar oft ohne sozialdemokratische Kandidaten (und vor allem: ohne Kandidatinnen!).

Wir wollen die Gestaltungsmöglichkeiten in den Rathäusern unseres Landes künftig noch besser nutzen. Deshalb wollen wir im Landesvorstand daran arbeiten, wie es uns gelingen kann, mehr Kandidatinnen und Kandidaten für dieses Amt zu begeistern. Einen besonderen Fokus legen wir dabei auf die Gewinnung von weiblichen Bewerberinnen, denn Gleichstellung ist nicht nur ein Thema für Landtagswahlen. Wir brauchen dringend mehr Bürgermeisterinnen und Oberbürgermeisterinnen. Die Landesgeschäftsstelle wird dazu die Beratung – in enger Kooperation mit SGK – für örtliche Parteigliederungen, für Fraktionen und für an einer Bewerbung Interessierte weiter verbessern.

### **Europawahl 2019 – weltoffen im Herzen Europas**

Voraussichtlich wird gleichzeitig mit den Kommunalwahlen auch die Europawahl stattfinden. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen sowie zahlreicher weiterer einschneidender Entwicklungen auf internationaler Ebene wird dieser Wahl eine hohe Bedeutung zukommen.

Europa bleibt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zweifellos DAS Friedensprojekt. Dabei stehen wir auch für ein Europa ein, das sein Versprechen einlöst, den Lebensstandard aller zu erhöhen und für soziale Sicherheit zu sorgen. Denn das Friedensversprechen kann nur von Dauer sein, wenn wir den sozialen Ausgleich in der europäischen Wertegemeinschaft mit Leben füllen. Das europäische Gesellschaftsmodell muss wirtschaftlichen Fortschritt, sozialen Ausgleich und individuelle Freiheit verbinden. Vor diesem Hintergrund wollen wir als Landesverband konkrete Ideen für soziale Mindeststandards in Europa entwickeln und in einem ersten Schritt ein sozialdemokratisches Konzept für eine europäische Arbeitslosenversicherung erarbeiten.

Als exportstarkes, aufgeschlossenes Land mitten in Europa sind wir in Baden-Württemberg besonders an einem positiven Abschneiden bei der Europawahl interessiert. Deshalb bildet die langfristige Vorbereitung dieser Wahl einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit. Folgende Aktivitäten werden dabei angepackt:

- Frühzeitig stattfindende Workshops, mit denen wir die Grundlagen für die Wahlkampfplanung vor Ort legen. Die Kreisverbände werden dabei gebeten, für den Europawahlkampf Ansprechpartner/innen zu benennen.
- Durchführung des Politischen Aschermittwochs mit einer/m hochrangigen Hauptredner/in zur Europapolitik.
- Besondere Berücksichtigung des Europatages am 9. Mai zur Wahlmotivation, zum Beispiel Vorbereitung einer Ideenbörse und einer Handreichung.
- Zur Vorbereitung der Europawahl werden wir eine europäische Vision weiter formulieren, die die SPD als Europapartei in Baden-Württemberg präsentiert und die Bürgerinnen und Bürger wieder mehr für Europa begeistert,

## **Organisation und Mitgliederbetreuung**

Die SPD ist eine Mitgliederpartei. Eine aktive Mitgliedschaft ist für uns Basis der politischen Entscheidungsprozesse. Deshalb sind für uns die Gewinnung neuer Mitglieder für die Sozialdemokratie und die optimale Betreuung aller Mitglieder von besonderer Bedeutung. Wir werden dabei folgende Maßnahmen weiterführen oder neu einführen:

- Einen „Mitmachpool“ einrichten: Nicht wenige, bisher noch passive Mitglieder, wollen mitarbeiten und ihre Kompetenzen einbringen. Diese Mitglieder wollen wir ansprechen und ihre Kompetenzen und Interessen gezielt abfragen. Die Landesgeschäftsstelle und die Regionalzentren werden daher gemeinsam mit den Kreisverbänden und Ortsvereinen Mitglieder gezielt ansprechen und zum Mitmachen einladen. Dafür wollen wir das Ziel umsetzen, konkrete Möglichkeiten zu entwickeln, wie Mitglieder und Nicht-Mitglieder sich projektbezogen einbringen können, die sich von der allgemeinen Mitarbeit nicht angesprochen fühlen.
- Die Unterstützung der Mitgliederbeauftragten auf allen Parteiebenen.
- Die Mitgliedergewinnung als Thema in die anstehende Wahlkämpfe einbinden.
- Die innerparteiliche Bildungsarbeit forcieren: Politische Bildungsarbeit hat den Auftrag, Räume zur politischen (Weiter-)Bildung zu schaffen, Inhalte zu erarbeiten und zu überprüfen, unsere Mitglieder für die Übernahme von Verantwortung vorzubereiten und sie mit einem methodischen Werkzeugkoffer in ihrer Arbeit zu unterstützen. Für eine Repolitisierung im Inneren ist die innerparteiliche Bildungsarbeit prädestiniert. Ihr kommt daher beim Erneuerungsprozess der Landespartei und in den kommenden Jahren eine tragende Rolle zu.
- Die Durchführung von Mitgliederbefragungen zu Personal- und verstärkt Sachfragen.
- Die Barrierefreiheit bei unseren Veranstaltungen, aber auch in unserer Kommunikation, weiter vorantreiben und unsere Gliederungen bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Barrierefreiheit unterstützen.

## **Zeitgemäße Kommunikation**

Der Landesvorstand wird sich auf einer Klausur nach dem Landesparteitag mit der Verbesserung der Kommunikation nach außen und innen befassen. Dazu gibt es folgende Überlegungen:

- Wahlprogramme und Grundsatzpapiere sollen immer verständlich sein, und soll es auch immer in einfacher und leichter Sprache geben. Diese werden in Kooperation mit spezialisierten Dienstleistern übersetzt.
- Gut und wirkungsvoll als Botschafter/in der SPD zu kommunizieren, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Dafür müssen und können wir uns qualifizieren und auch Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in allen Gliederungen entwickeln. Dazu brauchen wir eine breit angelegte Schulung dieser Mitglieder. Erfahrungen aus der Nachbarschaftskampagne sowohl für den politischen Dialog als auch für die Nutzung von Medien aller Art können hierzu dienlich sein.

- Um gemeinsame Botschaften landesweit besser kommunizieren zu können, streben wir eine bessere Vernetzung zwischen der Pressearbeit aller Gliederungen an.
- Menschen interessieren sich heute nach wie vor für Themen, die spannend oder bedeutend für ihr Leben sind. In Ortsvereinen, Kreisverbänden, Geschäftsstellen und Abgeordnetenbüros besteht ein Wissen über Menschen und andere Organisationen, die sich für unsere Themen und Botschaften interessieren (könnten). Auch in Wahlkämpfen generieren wir Adressen und Kontakte. Die Versuche, ein für hauptamtliche und ehrenamtliche Funktions- und Mandatsträger/innen zur Verfügung stehendes „Kundenbeziehungsmanagement“ (CRM) – wie zum Beispiel spd-online.de oder mitmachen.spd.de – aufzubauen, sind allerdings bislang stecken geblieben. Der Landesverband wird daher dem Parteivorstand einen Modellversuch vorschlagen, ein Wissensmanagement und CRM zu entwickeln.
- Wir wollen auch weiterhin Vorreiter bei innerparteilichen Entscheidungsprozessen und der Bürgerbeteiligung zu sein. Um die Parteiarbeit zu modernisieren, gilt es, alle Formen von zeitgemäßen und digitalen Teilnehmungsformen zu nutzen. Neben den Telefonversammlungen, mit denen wir bereits jeweils bis zu 20.000 Mitglieder erreicht haben, gilt es, den Online-Bereich weiter konsequent auszubauen. Menschen, die der Sozialdemokratie verbunden sind (Mitglieder oder Interessierte), jedoch nicht die Möglichkeit haben, weite Anreisen zu Veranstaltungen oder Konferenzen auf sich zu nehmen, müssen die Chance bekommen, virtuell an diesen teilzunehmen. Dies dient sowohl der politischen Bildungsarbeit, als auch einer größeren Partizipation und Offenheit gegenüber Mitgliedern und Interessierten.
- Dabei wollen wir Wege entwickeln, die Kommunikation zielgenauer ermöglicht. Mitglieder werden zu oft durch eine hohe Anzahl an Newslettern und Informationen falsch angesprochen, dies wirkt eher kommunikationshemmend. Wir wollen, auch von Partner-Organisationen, lernen, wie Informationen gebündelt dort landen, wo sie auch einen Nutzen erzeugen.
- Insbesondere jüngere Menschen fühlen sich nicht mehr durch Zeitungen, Amtsblätter oder Flyer angesprochen. Wir werden prüfen, wie wirksame Kommunikation - insbesondere in sozialen Netzwerken - auch außerhalb von Wahlkämpfen besser möglich ist und entsprechende Ressourcen hierfür nach Möglichkeit bereitstellen. Ein Leitfaden für die politische Arbeit in sozialen Medien sowie im virtuellen Raum allgemein muss entstehen, um jede einzelne Gliederungen in die Arbeitsweisen und Öffentlichkeitsarbeit 21. Jahrhundert zu überführen.

### **Gesellschaftliche Akteure in unsere Arbeit einbeziehen**

Wir wollen als Landesvorstand stärker als bisher die gesellschaftlichen Akteure unseres Landes in die Arbeit der SPD einbeziehen. Unsere Arbeitsgemeinschaften bleiben dabei jeweils erste Ansprech- und Abstimmungspartner. Ideen dazu sind:

#### *Konferenz Gerechtigkeit und Fortschritt*

Ausgehend von einer Konferenz zu Gerechtigkeit und Fortschritt im ersten Quartal 2017 – bei der Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften, Jugend- und Naturschutzverbände, VertreterInnen von Wirtschaft und Wissenschaft u.a. eingeladen werden – sollen konkrete Ziele für Gerechtigkeit und Fortschritt in Baden-Württemberg formuliert werden.

Diese Ziele werden im Sommer 2017 in einer weiteren Konferenz vorgestellt und zu einem großen Positionspapier zusammengeführt. Landesvorstandsmitglieder leiten diese Arbeit.

#### *Fortschrittsforum*

Die SPD Baden-Württemberg richtet ein Fortschrittsforum ein. In diesem Forum werden Zukunftsentwürfe zu zentralen politischen Herausforderungen erarbeitet. Es geht darum, wie wir die Potenziale des Landes heben – für gesellschaftlichen Zusammenhalt, für wirtschaftliche Stärke, in Vielfalt. Ein wesentlicher Teil dieser Arbeit soll ein landespolitischer Zukunftsentwurf für „Baden-Württemberg 2030“ sein, in dem die großen Themen unserer

Zeit auf unser Bundesland heruntergebrochen und konkrete Lösungen vorgeschlagen werden.

Das Fortschrittsforum arbeitet auf der Basis unserer sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Es geht nicht um Fortschritt als Selbstzweck, sondern um Fortschritt für alle. Und es geht nicht nur um Theorie, sondern um Praxis. Es soll etwas entstehen, was im englischsprachigen Raum ein „Think-Do-Tank“ genannt wird, also ein Denkraum und eine Werkstatt in einem. Aus politischen Konzeptionen sollen nach Möglichkeit immer konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, in denen bestenfalls alle politischen Ebenen gemeinsam an Zielen arbeiten und dabei andere mit einbinden können.

Die Mitglieder des Fortschrittsforums werden vom SPD-Landesvorstand berufen. Die Dauer der Mitgliedschaft wird befristet, eine Wiederberufung ist möglich. In der Zusammensetzung ist auf Qualifikation und Vielfalt zu achten. Unser Anspruch muss sein, die spannendsten Köpfe einzubeziehen – zum Beispiel aus Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft.

Das Forum wird von einem bzw. von mehreren Mitgliedern des Landesvorstands geleitet. Dessen/deren Aufgabe ist es, die Impulse fortlaufend in den Landesvorstand zur Diskussion und Beratung einzubringen. Über die Programmatik der Partei entscheidet selbstverständlich weiterhin die Partei. Die Mitglieder des Forums sind aufgerufen, intensiv an Debatten in der Partei bzw. für die Partei teilzunehmen. Die Ergebnisse sind zu protokollieren und den Parteimitgliedern zugänglich zu machen.

#### *Workshops*

Zukünftig finden mindestens zweimal im Jahr Workshops statt. Dabei wird der Landesvorstand zu Beginn des Arbeitsjahres zwei zentrale Themen festlegen, die breit und über einen längeren Zeitraum diskutiert werden. Dies ermöglicht die fundamentalere Bearbeitung komplexer Zusammenhänge und verhindert ein Zerfallen der programmatischen Arbeit durch zu große Themenvielfalt. Mögliche Themen hierzu sind:

- Digitalisierung/Zukunft der Arbeitswelt und Wirtschaft
- Bezahlbares Wohnen
- Kostenlose Bildung / Kita-Entwicklung
- Lebensbegleitendes Lernen (auch: Bildungszeitgesetz)
- Prostitution
- Innere Sicherheit
- Nachhaltigkeit
- Einwanderungsgesellschaft
- Nachhaltigkeit

Für kurzfristige Themen legt der Landesvorstand je nach Bedarf die Formate fest (zum Beispiel Abendveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Workshops, Online-Konferenzen, Besichtigungen, etc.). Alle Formate sind grundsätzlich öffentlich und richten sich an alle Mitglieder. Es sollte aber grundsätzlich das Ziel sein, mit unseren Veranstaltungen auch Nichtmitglieder anzusprechen.

#### **Sozial und glaubwürdig**

Auf Grundlage dieses Programms wollen wir als Landesvorstand in den kommenden zwei Jahren den Stolz unserer SPD, ihre Glaubwürdigkeit und ihre Wählbarkeit wieder stark machen. Wir sind sicher: Der Tiefpunkt der Landtagswahl vom März ist durch den begonnenen Erneuerungsprozess überwunden. Wir wissen aber auch: Es liegt jetzt richtig viel Arbeit vor uns.

Wir wollen und wir können Erfolg haben. Mit einem klaren sozialen Profil. Mit Leidenschaft. Mit einem starken Team im Landesvorstand. Und mit der ganzen Partei. Für den Weg, der vor uns liegt, brauchen wir alle Genossinnen und Genossen. Gemeinsam mit ihren Ideen, ihren Talenten, ihrem Können, ihrer Verwurzelung, ihrer Energie und ihren Träumen werden wir unsere SPD in Baden-Württemberg wieder nach vorne bringen.

# Rente

## Antragsbereich R / Antrag 1:

### **Rente muss zum Leben reichen**

Forderung:

Unser rentenpolitisches Ziel ist es, ein gutes Leben im Alter zu garantieren und den Lebensstandard weitgehend zu sichern. Deshalb wollen wir eine Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus und langfristig eine deutliche Erhöhung des Rentenniveaus erreichen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

#### 1. Das Risiko von Altersarmut schon im Ansatz bekämpfen

Mit einer sozial orientierten Arbeits- und Beschäftigungspolitik – angefangen von der Begrenzung der Leiharbeit über die armutsfeste Weiterentwicklung des gesetzlichen Mindestlohnes bis hin zur Durchsetzung einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik – wollen wir die Ursachen dieser Entwicklung konsequent bekämpfen, damit künftig wieder kontinuierliche und auf guter Arbeit basierende Erwerbsbiographien entstehen können. Für die zurückliegenden zwei Jahrzehnte sind jedoch bereits Rentenanwartschaften entstanden, die auf unterbrochenen Versicherungsverläufen und zunehmender Niedriglohnarbeit beruhen und damit das Risiko der Altersarmut in sich tragen.

#### 2. Gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Die Wiederherstellung einer gerechten Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist eine entscheidende Voraussetzung, um im Erwerbsleben die Grundlage für eine auskömmliche Altersversorgung zu legen. Wir fordern, gesetzliche Rahmenbedingungen für eine gerechte Lohnstruktur zu schaffen und die Ausbreitung des Niedriglohnsektors zu stoppen. Der gesetzliche Mindestlohn ist dazu ein erster, wichtiger Schritt, wird aber alleine nicht ausreichen. Notwendig sind auch die Stärkung des Tarifvertragssystems und der Tarifbindung sowie die vereinfachte Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen.

Die seit Jahren erkennbare Tendenz einer sinkenden Lohnquote muss umgekehrt werden. Davon profitieren die einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber durch höhere Beitragseinnahmen auch die sozialen Sicherungssysteme insgesamt. Wir wollen zudem das Normalarbeitsverhältnis, unbefristet und sozial abgesichert, wieder stärken.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen zurückgedrängt werden. Leiharbeit muss wieder stärker reguliert werden. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss endlich ohne Ausnahmen durchgesetzt werden. Jede zweite Neueinstellung erfolgt mittlerweile befristet. Die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung eines Arbeitsvertrags muss abgeschafft werden.

#### 3. Die gesetzliche Rente ist und bleibt der Grundpfeiler der Alterssicherung

Berechnungen zeigen, dass die Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung positiv ist und auch für kommende Generationen positiv bleibt. Die gesetzliche Rente ist und bleibt der Grundpfeiler der Alterssicherung in Deutschland.

Wir wollen das System der gesetzlichen Alterssicherung deshalb so reformieren, dass die Ziele der Lebensstandardsicherung und der strukturellen Armutsfestigkeit wieder innerhalb des gesetzlichen Rentensystems erreicht werden können. Nur die Rückkehr zum Ziel einer lebensstandardsichernden Altersrente kann der jahrzehntelangen Arbeits- und Beitragsleistung der Versicherten gerecht werden.

#### 4. Stabilisierung der gesetzlichen Rente und langfristige Anhebung des Rentenniveaus

Die Definition des Rentenniveaus muss dem Ziel entsprechen, nach 45 Beitragsjahren mit durchschnittlichem Verdienst einen lebensstandardsichernden Rentenanspruch zu erwerben. Das Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung darf nicht weiter sinken. Wir wollen es als ersten Schritt stabilisieren und langfristig das Rentenniveau wieder deutlich anheben.

Wir orientieren uns am Leitbild einer sozialen Rentenversicherung, in der das Prinzip der Beitrags- und Leistungsgerechtigkeit (Äquivalenz-Prinzip) und ein angemessener Solidarausgleich ineinandergreifen. Die Lebensstandardsicherung muss wieder zentrales Ziel der gesetzlichen Rentenversicherung werden.

Deshalb muss die Entwicklung der Renten auch in der Zukunft wieder stärker der Lohnentwicklung folgen und der Altersvorsorgeanteil (AVA) aus der Rentenanpassungsformel ersatzlos gestrichen werden.

#### 5. Reform der Renten wegen Erwerbsminderung vollenden

Mit der um zwei Jahre verlängerten Zurechnungszeit bis zum 62. Lebensjahr und der sog. „Günstigerprüfung“ für die letzten vier Jahre vor Eintritt der Erwerbsminderung hat die SPD bereits wichtige Verbesserungen beim Schutz vor Erwerbsminderung durchsetzen können. Diese Leistungsverbesserung war unabwendbar, weil die gesetzliche Rentenversicherung nicht nur das Altersrisiko absichern soll, sondern auch bei voller Erwerbsminderung eine Lohnersatzfunktion wahrzunehmen hat. Doch mit der Einführung von sog.

„versicherungsmathematischen Abschlägen“ von bis zu 10,8 Prozent bei einem Bezug der Erwerbsminderungsrente vor Vollendung des 63. Lebensjahres wurde die Lohnersatzfunktion dieser Rente massiv beeinträchtigt. Trotz verlängerter Zurechnungszeit liegt der durchschnittliche Zahlbetrag einer vollen Erwerbsminderungsrente immer noch spürbar unter dem der Altersrenten.

Die im Jahr 2000 eingeführten Abschläge bei einer eintretenden Erwerbsminderung sind systematisch jedoch nicht zu rechtfertigen, da die Erwerbsgeminderten über keine individuelle Wahlmöglichkeit hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Einschränkungen und der daran anknüpfenden Rente verfügen. Weil sich jedoch viele Erwerbsgeminderte eine Erwerbsminderungsrente auf dem heutigen Niveau buchstäblich nicht leisten können, wird oftmals – trotz eindeutiger Diagnosen - auf Kosten der eigenen Gesundheit weitergearbeitet. Um diese problematischen Entwicklungen einzudämmen, sind Renten wegen voller Erwerbsminderung künftig in jedem Falle wieder ohne Abschläge zu gewähren. Die Berechnungsgrundlage für die Erwerbsminderungsrente soll das aktuelle Renteneintrittsalter des Versicherten sein.

#### 6. Gleitende Übergänge in die Rente statt Rente mit 70

Kaum dass die abschlagsfreie Altersrente nach 45 Beitragsjahren von der SPD durchgesetzt wurde, eröffnen Unionspolitiker nun die Debatte über die Rente mit 70. Die Diskussion wird dabei mit Argumenten geführt, die auf den ersten Blick neu und eingängig erscheinen: es

müssten endlich Anreize gesetzt werden, damit Arbeitnehmer freiwillig über die reguläre Altersgrenze hinaus arbeiteten.

Doch den finanziellen Anreiz, mit dem späteren Renteneintritt höhere Rentenanwartschaften zu erwerben, gibt es schon seit vielen Jahrzehnten. Der Zuschlag pro Jahr eines späteren Rentenbeginns (6 Prozent Rentensteigerung) ist sogar deutlich höher als der Abschlag bei vorgezogenem Rentenbeginn (3,6 Prozent pro Jahr eines früheren Rentenbezugs). Der Rentenzuschlag von 6 Prozent pro Jahr des späteren Renteneintritts wird zudem mit dem Verzicht auf die bereits zustehenden Altersbezüge teuer erkaufte. Je später die Rente beginnt, desto höher die Besteuerung der Rente. Jedes Konzept über eine Rentenflexibilisierung muss darauf Antworten finden, damit sich die Flexibilisierung nicht zum Bumerang für die älteren Arbeitnehmer entwickelt. Eine Flexibilisierung des Rentenzugangsalters muss deshalb einer anderen Logik folgen:

a. Die Festlegung einer gesetzlichen Regelaltersgrenze bleibt als Anker von zentraler Bedeutung. Denn die gesetzliche Altersgrenze bestimmt, ab welchem Zeitpunkt die Abschläge oder eben Zuschläge berechnet werden.

b. Angesichts des sich verschiebenden Altersaufbaus der Bevölkerung sowie verlängerte Rentenlaufzeiten ist es grundsätzlich richtig, die Weichen so zu stellen, dass den Menschen eine längere Erwerbsphase ermöglicht wird. Weitreichende Veränderungen der Lebensarbeitszeit können jedoch nicht vorgenommen werden, ohne die Wirkungen auf Gesundheit und Arbeitsfähigkeit sowie auf die realen Beschäftigungschancen der Menschen im Alter zu berücksichtigen. Entscheidend für die Beurteilung, ob ein Renteneintritt nach dem 65. Lebensjahr sozial verantwortbar ist, sind die realen Arbeitsmarkt- und Einstellungschancen im Alter zwischen 65 und 67.

Deswegen setzen wir auf flexible Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand, auf erweiterte Möglichkeiten des Bezuges von Teilrenten ab dem 60. Lebensjahr mit attraktiven Hinzuverdienstmöglichkeiten, die Stärkung von Prävention und Rehabilitation sowie auf durchgreifende Konzepte zur Humanisierung der Arbeitswelt, die es älteren Menschen erlaubt, freiwillig länger im Betrieb zu verbleiben und die letztlich eine höhere Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer ermöglicht. Denn viele Studien belegen: Alter bedeutet nicht weniger Leistungsfähigkeit im Beruf. Vielmehr verschieben sich lediglich die Parameter, mit denen Leistungsfähigkeit gemessen werden kann.

## 7. Gerechte und nachhaltige Finanzierung

In einer alternden Gesellschaft lassen sich die steigenden Kosten der Alterssicherung grundsätzlich nicht wegreformieren – unabhängig vom gewählten Finanzierungssystem. Politisch entschieden werden kann nur, wie die Traglast zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und den Generationen verteilt sein wird. Weil viele Millionen von Arbeitnehmern finanziell nicht in der Lage sein werden, mehrere Jahrzehnte lang eine zusätzliche Privatvorsorge durchzustehen, wird der erarbeitete Lebensstandard im Alter nicht mehr gesichert werden können.

Wenn nun aber die Lebensstandardsicherung wieder in stärkerem Maße im Rahmen des gesetzlichen Rentensystems organisiert wird, muss der erforderliche Finanzbedarf grundsätzlich mit Beitragsmitteln gedeckt werden. Die Rückkehr zum rentenpolitischen Ziel der Lebensstandardsicherung mit Abschaffung des Nachhaltigkeitsfaktors samt der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersarmut und zum abschlagsfreien Rentenbezug mit 65 würde bis zum Jahr 2030 zu einem deutlichen Anstieg des Rentenbeitrages führen. Nachdem infolge der Alterung auch die Beitragssätze zur gesetzlichen Pflege- und Krankenversicherung tendenziell ansteigen werden, stellt sich die Frage, ob sich Finanzierungsalternativen zur bloßen Anhebung der Beitragssätze anbieten.

## 8. Mütterrente solidarisch und gerecht über Steuermittel finanzieren



Die sog. „Mütterrente“ stellt den mit Abstand kostenträchtigen Teil des aktuellen Rentenpakets der Bundesregierung dar. Die Anrechnung eines weiteren Entgeltpunktes in der Rente für Kindsgeburten vor 1992 ist grundsätzlich völlig berechtigt. Denn die Erziehungsleistungen älterer Mütter und Väter sind rentenrechtlich genauso zu honorieren wie die Erziehungsleistungen jüngerer Eltern, zumal letztere schon auf eine halbwegs entwickelte Infrastruktur an Kinderbetreuungseinrichtungen zurückgreifen können. Doch für die Geburten vor 1992 sind keine Beiträge an die Rentenversicherung geflossen. Sie sind damit eine klassische „versicherungsfremde“ Leistung.

Bei verfehlter Finanzierung dieser Leistungen über die Rentenkassen werden diese letztlich allein durch die Beitragszahler und die Rentner selbst finanziert. Denn jede Erhöhung des Beitragssatzes hat eine dämpfende Wirkung auf die künftigen jährlichen Rentensteigerungen. Es kann mithin nur einen seriösen Finanzierungsweg geben: aus dem allgemeinen Steueraufkommen durch einen entsprechend höheren Bundeszuschuss an die Rentenversicherung. Die Finanzierung stünde dann auf einer weitaus stabileren Basis. Und sie wäre obendrein gerechter: weil Spitzeneinkommen wegen der Steuerprogression einen größeren Anteil zur Finanzierung der Mütterrenten beitragen würden als mittlere Einkommen. Niedrige Einkommen blieben wegen des Grundfreibetrages ohnehin weitgehend verschont.

Wir treten deshalb für eine systemgerechte Finanzierung der Mütterrente durch eine entsprechende Aufstockung des steuerfinanzierten Bundeszuschusses ein. Es entspricht der rentenpolitischen Beschlusslage der SPD und auch ihrer Regierungspraxis, alle versicherungsfremden Leistungen über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren. Es darf keine dauerhafte Finanzierung dieser Leistung über die Rentenbeiträge geben.

#### 9. Statt Beitragssatzsenkungen: Aufbau einer Demographie-Reserve

Berechnungen zeigen, dass die Sicherung der Renten durch den Aufbau einer Demografie-Reserve auch weiterhin möglich ist. Entscheidend ist, dass unverzüglich mit der Bildung der Reserve begonnen wird. Dabei sind lediglich moderate Anhebungen des Beitragssatzes erforderlich, um die Belastungen in kleinen Schritten über die Jahre zu verteilen, Planungssicherheit zu schaffen und Finanzierungslücken auf diese Weise zu schließen. Erforderlich ist eine jährliche Anhebung des Rentenbeitrags von 0,3 Prozentpunkten bis zum Jahr 2019. Dies bedeutet für Durchschnittsverdiener und Arbeitgeber eine jährliche Belastung von vier Euro pro Monat. Ab 2020 kann die jährliche Demografie-Anpassung auf 0,2 Prozentpunkte abgeschmolzen werden. Die aktuellen Berechnungen der Deutschen Rentenversicherung Bund zeigen, dass das Rentenniveau dadurch auf lange Sicht weitgehend stabilisiert werden kann. Dennoch bleiben im Jahr 2030 noch hohe Rücklagen.

#### 10. Ausweitung der Steuerfinanzierung im Rahmen des paritätischen Modells

Um eine gerechtere Verteilung der Traglasten des demographischen Wandels zu erreichen, muss die Finanzierung der sozialen Sicherung auf eine erheblich breitere Basis als bisher gestellt werden. Ergänzend zum Aufbau einer Demographie-Reserve kann der demographiebedingte Kostenanstieg (Finanzierungsspitzen) vorübergehend auch über eine Erhöhung der direkten Steuern finanziert werden. Es würden damit alle Steuerzahler als breitestmögliche Basis überhaupt in die Finanzierungsverantwortung einbezogen. Eine Ausweitung der Steuerfinanzierung kann technisch recht einfach durch eine Anhebung des Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen.

Auch folgen die Steuern einem progressiven Tarifverlauf, der höhere Einkommen nicht nur proportional, sondern auch prozentual einer höheren Belastung unterwirft. Gemessen an der bestehenden Steuerlastverteilung würde eine direkte Steuerfinanzierung daher dazu führen, dass die Lasten gerechter verteilt würden. Langfristig ist eine breite Finanzierungsbasis jedoch durch den sukzessiven Übergang in eine Erwerbstätigenversicherung sicherzustellen.

## 11. Eine Versicherung für alle Erwerbstätigen

Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland ist seit Ende des 19. Jahrhunderts als Pflichtversicherung der Arbeiter bzw. der Angestellten organisiert. Daneben existieren verschiedene Sonderversorgungssysteme der Alterssicherung, wie die Alterssicherung der Landwirte, die Beamtenpensionen oder die zahlreichen berufsständischen Versorgungseinrichtungen.

Vor allem aber die rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt und die Erosion der klassischen jahrzehntelangen Erwerbsbiographie ohne Wechsel und Brüche, stellen die Altersversorgung vor neue Herausforderungen. Um die Traglast der Belastungen des demographischen Wandels möglichst gerecht zu verteilen und eine lebensstandardsichernde Altersversorgung unabhängig von der gewählten Form der Erwerbstätigkeit zu gewährleisten, ist die Rentenversicherung in der langfristigen Perspektive zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterzuentwickeln. In der Erwerbstätigenversicherung werden alle obligatorischen Alterssicherungssysteme zusammengeführt und alle Erwerbstätigen (Arbeitnehmer, Beamte wie Selbständige) in einer gemeinsamen Versicherung zu gleichen Konditionen abgesichert. Dabei ist darauf zu achten, dass die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung von Arbeitgebern und Versicherten gleichermaßen getragen wird.

Auf die historisch gewachsenen Ansprüche in den Sonderversorgungssystemen besteht ein eigentumsähnlicher Bestandsschutz. Deshalb kann die Weiterentwicklung zu einer Erwerbstätigenversicherung nur schrittweise im Rahmen einer Stichtagsregelung vollzogen werden. Dabei werden jene Selbständige, Beamte, Abgeordnete oder freiberuflich Tätigen in die Versicherungspflicht einbezogen, die zum Stichtag noch nicht in einem obligatorischen Alterssicherungssystem versichert sind. Im Rahmen der Übergänge der Sonderversorgungssysteme in die Erwerbstätigenversicherung sind die jeweils nach altem Recht noch erworbenen Anwartschaften zu gewährleisten. Der Übergang wird daher ein bis zwei Generationen in Anspruch nehmen. Doch perspektivisch wird damit die Alterssicherung unabhängig von der gewählten Erwerbsform und dem bezogenen Einkommen auf eine möglichst breite Beitragszahlerbasis gestellt.

Die Erweiterung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung soll nicht primär einer Beitragssatzsenkung dienen, sondern sie ist die perspektivische Antwort auf eine veränderte Arbeitswelt und sorgt zudem für ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit, weil die unterschiedlichen Konditionen und Versorgungsniveaus der einzelnen Alterssicherungssysteme auf Basis einer lebensstandardsichernden Versorgung angeglichen werden können.

In einem ersten Schritt auf dem Weg zur Erwerbstätigenversicherung wollen wir die Selbständigen, die nicht in einem berufsständischen Versorgungswerk Pflichtmitglied sind, in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Die zusätzlichen Beitragseinnahmen, denen zunächst keine zusätzlichen Ausgaben gegenüberstehen, wollen wir mit zum Aufbau einer echten Demografiereserve verwenden, um das Gesamtsystem der gesetzlichen Rentenversicherung auch nach 2030 zu stabilisieren.

## 12. Betriebliche Altersvorsorge stärken

Wir wollen die betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rente stärken und ihre Verbreitung deutlich erhöhen. Dies gilt insbesondere für bisher nur unzureichend abgedeckte Branchen, kleine und mittlere Betriebe und Geringverdiener. Insbesondere auch Frauen müssen in Zukunft stärker von betrieblicher Altersvorsorge profitieren. Dabei setzen wir auf arbeitgeberfinanzierte Modelle, die von den Tarifpartnern organisiert und über Tarifverträge abgesichert werden. Damit können die Vorteile grosser Kollektive bei der betrieblichen Altersvorsorge genutzt werden und die Vertriebs- und Verwaltungskosten minimiert werden.

Mit einer weitgehend flächendeckenden Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge kann dann auch die weitere Förderung der Riester-Rente entfallen. Für bestehende Verträge soll jedoch der Vertrauensschutz gelten.

# Gesundheit

## Antragsbereich G / Antrag 3:

### **Paritätische Beitragszahlung**

Die sozial unausgewogene und unsolidarische Finanzierungssystematik im Gesundheitswesen muss schnellstmöglich beendet werden. Wir fordern deshalb die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung auf, umgehend eine Regelung zu schaffen, mit der die Beitragsungerechtigkeiten innerhalb der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) aufgehoben werden und die paritätische Beitragszahlung wiederhergestellt wird.

Insbesondere fordern wir

- Rückkehr zur paritätischen Aufbringung der Beiträge zur GKV durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber
- Kostensteigerungen, Kosten für medizinischen Fortschritt und für Neuregelungen des Gesetzgebers sind nicht aus Beitrags- sondern aus Steuermitteln zu finanzieren
- Evaluation des derzeitigen Bezugssystems und Prüfung der Abschaffung der Zuzahlungen für Medikamente, Behandlungen, Hilfsmittel etc.

---

## Antragsbereich G / Antrag 5:

### **Gute Arbeit in der Pflege**

Ausgangslage

Im Hinblick auf den demografischen Wandel, den sich verändernden gesellschaftlichen Anforderungen an eine gute Pflege und den steigenden Personalbedarf steht der Pflegebereich vor großen Herausforderungen. In den letzten zwei Jahren hat sich in Baden-Württemberg eine Enquete-Kommission mit diesem Thema befasst. Die Ergebnisse der Kommission liegen seit Ende Januar 2016 vor.

Aus Sicht der SPD werden die aktuellen Herausforderungen insbesondere durch folgende Aspekte beschrieben:

- Der Bedarf an Pflege und Betreuung nimmt zu:

In den nächsten Jahrzehnten wird die absolute Zahl wie auch der Anteil der Menschen, die älter als 65 Jahre sind, deutlich zunehmen. Auf der einen Seite werden die Menschen im Schnitt immer älter, zudem kommen die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre in das Rentenalter.

Alle Prognosen gehen davon aus, dass auch der Bedarf an Pflege und Betreuung zunehmen wird. Die Anzahl der 20- bis 59-Jährigen geht zurück, während die absolute Anzahl der über 80-Jährigen (Hochbetagten) überproportional wächst.

Daraus folgt eine deutliche Zunahme der Gruppe der Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf bei gleichzeitigem Rückgang des Pflege- und Unterstützungspotenzials.

- Der Fachkräftemangel in der Pflege ist schon heute enorm: Für die Versorgung der 154.176 Menschen mit Pflegebedarf durch die stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen in Baden-Württemberg standen zum Jahresende 2013 landesweit 122.420 Beschäftigte zur Verfügung. Angesichts der demografischen Entwicklung wird sich der Bedarf an Pflegekräften bis 2030 um ca. 53.000 Personen erhöhen.

- Der Bedarf an neuen Wohnformen und Pflegeabläufen wird steigen:

2013 wurden in Baden-Württemberg 70% der Pflegebedürftigen zu Hause entweder durch Angehörige oder Pflegedienste versorgt; 30% vollstationär in Heimen. Viele Menschen möchten an ihrem Wohnort oder zumindest wohnortnah alt werden. Die Forderung nach Selbstbestimmung wächst, insbesondere bei den heutigen 50 - 70 Jährigen, wie auch bei Menschen mit Behinderung (Inklusion). Das bedeutet, dass im Quartier möglichst niedrigschwellige Angebote, Angebote ambulanter Dienste, Sozialstationen, ambulant betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften, Tagespflege, Kurzzeitpflege und stationäre Pflegeheime vorhanden und gut vernetzt sein müssen und qualifizierte Assistenten benötigt werden, um ein Leben in den eigenen vier Wänden zu gewährleisten.

Mit der Reform des Heimrechts der grün-roten Landesregierung wurden wichtige Grundlagen für diese neue Vielfalt geschaffen, so z.B. für ambulant betreute Wohngemeinschaften.

- Ökonomisierung der Pflege:

„Produktdenken“ und Kommerzialisierung der Pflege führen zur „gehetzten Minutenpflege“ und zum Fehlen der Beziehungspflege. Die Ausrichtung auf die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen befördert den Rationalisierungsdruck und die zunehmende Konzentration zugunsten national und international agierender Pflegekonzerne.

- Arbeitsverdichtung und Arbeitsbedingungen in der Pflege

Schichtdienste, lange Arbeitszeiten, Einspringen an freien Tagen und Überstunden, zunehmende Arbeitsverdichtung, hohe psychische und körperliche Belastungen, hoher Krankenstand. So liegt die Zahl der Fehltage in der Krankenpflege bei 17 Tagen und in der Altenpflege bei 22 Tagen (alle Berufe 12 Tage).

Häufig genannte Belastungsfaktoren von Pflegenden sind:

- hoher Zeit- und Leistungsdruck,
- häufige Unterbrechungen der Arbeit,
- fehlende Pausen,
- zu hohe Verantwortung,
- fehlende Entwicklungsmöglichkeiten,
- Spannung und Feindseligkeit bei der Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen,

- bürokratische Anforderungen,
- Arbeitszeiten, die eine gesunde Work-Life-Balance verhindern,
- fehlende Unterstützung durch Führungskräfte,
- negatives Berufsimago.

Die Verweildauer der Pflegekräfte in ihrem Beruf betrug 2009 in Deutschland durchschnittlich 8,4 Jahre.

Unser Ziel: Gute Arbeit in der Pflege

Die Sicherung und Gewinnung von Fachkräften sind der entscheidende Schlüssel für die Zukunft einer guten Pflege. Ziel ist es, die vorhandenen Pflegekräfte im Beruf zu halten und neue Fachkräfte für die professionelle Pflege zu gewinnen. Professionelle Pflege bedeutet auch, Pflege, Betreuung und Fürsorge als Einheit zu betrachten. Nötig ist dazu die Verbesserung der Rahmen- und somit der Arbeitsbedingungen. Pflegeeinrichtungen brauchen eine positive Atmosphäre, in der es Spaß macht zu arbeiten, oder eine Ausbildung zu beginnen.

Wir wollen, dass gute Arbeit geprägt ist durch:

- Wertschätzung der Arbeit durch die Gesellschaft und im Betrieb,
- eine hohen Übereinstimmung von Wissen und Praxis, sowie von Berufsethik und eigenen Ansprüchen,
- eine angemessene Bezahlung,
- geregelte, verlässliche Arbeitszeiten,
- der Vereinbarkeit von Familie und Beruf(Work-Life-Balance),
- Identifizierung mit dem Beruf, Sinnhaftigkeit des beruflichen Handelns,
- gute Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Es ist somit eine Kombination von rechtlichen Rahmenbedingungen, Arbeitsgestaltung, Arbeitsbedingungen und Vergütungssystemen.

Bei der Pflege- und Assistenz Tätigkeit steht der Mensch im Mittelpunkt; gute Pflege und Beziehungsarbeit bedingen sich gegenseitig. Die Übereinstimmung von Wissen, Praxis, Berufsethik und eigenen Ansprüchen hat in den Pflegeberufen eine ganz besondere Bedeutung. Sowohl für die Pflegekräfte, als auch für die zu Pflegenden führt dies zu Zufriedenheit die sich für beide Seiten gesundheitlich (psychisch und physisch) positiv auswirkt.

Unsere Forderungen:

- Wir fordern eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit geregelten, verlässlichen Arbeitszeiten, bei denen fachlich gute Pflege und Zuwendung zu den Gepflegten oder Betreuten ermöglicht wird. Die Empfehlungen der Enquetekommission sind dabei eine gute Grundlage

Die Einrichtungen und Dienste brauchen eine auskömmliche Finanzierung, damit sie ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gute Arbeitsbedingungen bieten. Dieses Geld muss vor allem für mehr Personal eingesetzt werden, um die Arbeitsdichte zu reduzieren. Entsprechend müssen die Personalrichtwerte durch die

Rahmenvertragspartner, notfalls durch den Bundesgesetzgeber, entschieden angehoben und finanziert werden.

- Tariflich vereinbarte Löhne müssen auch refinanziert werden. Für den Bereich des SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) hat die SPD dies im Pflegestärkungsgesetz durchgesetzt. Eine entsprechende Regelung brauchen wir aber auch für den Bereich des SGB V (Gesetzliche Krankenversicherung).
- Unnötige bürokratische Lasten werden von Pflegekräften zu Recht als verlorene Zeit für die Arbeit mit den Bewohnern/Patienten kritisiert. Modelle, die die Dokumentationspflichten verringern, ohne die Ergebnisqualität zu gefährden, sind von Leistungsträgern und Gesetzgeber nachhaltig zu unterstützen.
- Pflegefachkräfte müssen stärker durch weitere qualifizierte Personen in Service, Betreuung und Verwaltung unterstützt werden. Eine entsprechende Flexibilisierung sieht der Entwurf der Heimpersonalverordnung vor. Gleichzeitig legt der Entwurf „Vorbehaltsaufgaben“ für Pflegefachkräfte fest, so dass die „wahren“ Pflegetätigkeiten auch nur von entsprechend qualifizierten Personen ausgeführt werden. Ziel muss es hierbei sein, dass der ganzheitliche Pflegeansatz nicht geschwächt, sondern gestärkt wird.
- Psychosoziale Inhalte und Angebote müssen schon in der Ausbildung, sowie in Fort- und Weiterbildungen, stärker berücksichtigt werden. Pflege ist keine Akkordarbeit; die Kommunikation kann für beide Seiten in der Pflege entscheidend sein. Der Pflege- und Betreuungsalltag soll durch ein Miteinander auf Augenhöhe geprägt sein.
- Verbesserung der Ausbildungsbedingungen. Auszubildende dürfen nicht als „billige“ Arbeitskräfte gesehen und eingesetzt werden. Die Praxisanleitung muss im Personalschlüssel mit entsprechender Freistellung separat festgelegt, in den Dienstplänen kenntlich aufgenommen und die hierdurch entstehenden Kosten müssen refinanziert werden.
- Steigerung der Attraktivität des Ausbildungsabschlusses durch
- Eine generalistische Erstausbildung von Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege mit einer daran anschließenden weiterführenden Spezialisierung. Dabei ist sicher zu stellen, dass mit Ende der Ausbildung ein Qualifizierungsniveau erreicht wird, das fachlich qualifiziertes Arbeiten ermöglicht.
- Gebührenfreie Ausbildung.
- Verbesserte Weiterbildungsangebote und damit verbundene Aufstiegsmöglichkeiten, z.B. durch berufsbegleitende modulare Angebote.

---

### **Antragsbereich G / Antrag 6:**

#### **Individuell abgestimmte Pflegeangebote**

Der SPD-Landesparteitag Baden-Württemberg fordert:

Die Leistungen in der Pflege sollen bedarfsorientiert und bedarfsdeckend sein. Die Regelungen der Hilfeleistungen für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung müssen vorausschauend und individuell angelegt sein, d.h. frühzeitige Intervention – um die fortschreitende Pflegebedürftigkeit zu verzögern bzw. den Status Quo zu erhalten. Die Leistungen - z.B. Reha ambulant/stationär - sollen auch dann weiter verordnet werden, wenn **„nur der aktuelle Stand erhalten werden kann; keine Verbesserungen mehr zu erwarten sind“**. Bestehendes sichern; evtl. Verschlechterungen frühzeitig erkennen und gegensteuern. Dies erhält die Lebensqualität und zögert Pflegebedürftigkeit hinaus.

Beispielsweise bei Sprachschwierigkeiten – Artikulation: langsames, undeutliches Sprechen mit längeren Pausen – kann die fortschreitende Verständigungsschwierigkeit auf dem Status Quo erhalten werden, wenn kontinuierlich Übungen durch fachgerechte Übungen mit Hilfe der Logopädie durchgeführt werden. Derzeit erfolgen die Verordnungen nur dann, wenn absehbar ist, dass sich eine Verbesserung erzielen lässt.

Wer sich nicht mehr äußern kann über den wird bestimmt, über ihn hinweg entschieden obwohl die Person evtl. geistig noch fit ist, sehen und hören kann. In diesem Falle schreitet die Pflegebedürftigkeit sehr rasch voran, da die Einschränkungen die mit dem Nicht-Sprechen können einhergeht nicht kompensiert werden kann.

Politik für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung ist bedingt durch den demografischen Wandel mehr denn je vielschichtig und von einer steigenden Komplexität geprägt. Die Unterstützungs- und Pflegeangebote/Hilfeleistungen müssen individuell abgestimmt sein. Bedarfsorientierte und bedarfsdeckende Leistungen verlängern die Lebenserwartung und die Zufriedenheit darüber hinaus wird damit trotz Krankheit und Gebrechlichkeit die Persönlichkeit des Einzelnen geachtet. Angebote dürfen nicht nur deshalb abgelehnt werden, weil ein Mensch alt ist oder keine Verbesserung der Gesundheits-/Pflegesituation zu erwarten ist.

---

## **Antragsbereich G / Antrag 8:**

### **Patientinnen und Patienten stärken**

Die sogenannten Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL) wurden eingeführt um die Therapiewahl der Patientinnen und Patienten zu stärken. Jedoch können diese die Notwendigkeit einer vorgeschlagenen medizinischen Leistung oft gar nicht beurteilen. Schwierig für Patienten ist zudem herauszufinden, ob die angebotene kostenpflichtige Leistung von anderen Ärzten als Sachleistung im Rahmen der GKV-Versorgung und damit ohne Zuzahlung erbracht wird.

Der SPD-Landesparteitag Baden-Württemberg beschließt:

Um Patienten besser zu schützen und Ihnen die Fähigkeit zu bewussten Entscheidungen zu bieten, fordern wir:

Die Einführung von Produktinformationsblättern über den Nutzen und die Risiken von Individuellen Gesundheitsleistungen, welche während des Aufklärungsgesprächs verpflichtend ausgehändigt werden müssen.

Die Verpflichtung, Patienten über kostenfreie Alternativen der GKV-Versorgung zu informieren.



Das Verbot sogenannter Verzichtsfomulare um Patienten bei ihrer Entscheidungsfindung nicht unnötig unter Druck zu setzen.

---

### **Antragsbereich G / Antrag 10:**

#### **Vermeidung von multiresistenten Keimen**

Um die jährliche Anzahl von 400.000 bis 600.000 Menschen, die sich eine Krankenhausinfektion zuziehen, zu reduzieren, werden die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung aufgefordert sich für folgende Punkte einzusetzen:

1. Alle stationär aufgenommenen PatientenInnen sollen auf multiresistente Keime untersucht werden. RisikopatientenInnen werden in eine Isolationsstation aufgenommen. Erst nach einem negativen Befund auf multiresistente Keime darf die PatientIn die Isolierstation verlassen (Screening). Das Prinzip soll sich an das niederländische Modell anlehnen.
  2. Die schon verpflichtende Dokumentation der Krankenhäuser bei auftretenden Krankenhausinfektionen soll zentral vom Robert-Koch-Institut veröffentlicht werden. Das Robert-Koch-Institut soll die Dokumentation ausführlich kommentieren.
  3. Krankenhausabwässer dürfen nicht unbehandelt der öffentlichen Kanalisation zugeführt werden.
  4. Investition in die Ausbildung und Schulung von Hygienefachkräften.
  5. Ausbau von Lehrstühlen für Hygiene an den Universitäten.
  6. Erarbeitung einer Strategie zur Reduzierung des Einsatzes von Antibiotika in der Humanmedizin, vor allem im Hinblick auf Breitbandantibiotika.
- 

### **Antragsbereich G / Antrag 11:**

#### **Gesundheits-Check für Flüchtlinge**

Der Gesundheits-Check – Erstuntersuchung der ankommenden Flüchtlinge – muss aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden. Die Kosten der Erstuntersuchung dürfen nicht über den Gesundheitsfond, der durch die Beitragszahlern/-zahlerinnen der Krankenversicherung einbezahlt wurde, erfolgen. Dies würde zur erneuten Erhöhung der Beiträge führen und trifft alle Einkommensgruppen.

---

## Antragsbereich G / Antrag 12:

### **Krankenversicherungsbeiträge für Hartz-IV-Empfängerinnen**

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine Erhöhung des monatlichen pauschalen Krankenversicherungsbeitrags für ALG II-BezieherInnen einzusetzen, da diese nicht kostendeckend ist und zu Defiziten in den gesetzlichen Krankenkassen führt.

-----

## Antragsbereich G / Antrag 13:

### **Diabetesprävention verbessern - gesündere Lebensverhältnisse schaffen**

Diabetes ist eine der häufigsten chronischen Erkrankungen, die hohes individuelles Leid und hohe Kosten für das Gesundheitssystem bedeutet. Die Zahl der Erkrankten steigt jährlich um etwa 300.000 Menschen, jede Stunde sterben drei Patienten an den Folgen der Krankheit. Besonders betroffen sind Frauen und Männer mit einem niedrigen sozialen Status.

Die Entstehung des sogenannten Typ-2-Diabetes kann durch eine gesunde Ernährung und ausreichend Bewegung in vielen Fällen verzögert oder gar verhindert werden. Damit es in Zukunft allen Menschen unabhängig von Herkunft, Bildungsgrad, Einkommen und Alter leichter fällt gesund zu leben, müssen wir gesündere Lebensverhältnisse schaffen.

Bisher setzt die Prävention vor allem auf Informations- und Aufklärungskampagnen. Diese können jedoch nur eine Wirkung entfalten und auch tatsächlich Menschen aller sozialen Schichten erreichen, wenn die Rahmenbedingungen für Ernährung und Bewegung die Umsetzung erleichtern statt zu erschweren. Momentan ist die ungesunde Wahl oft die einfachere und billigere, mitunter sogar die einzige. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher wollen sich und ihre Kinder zwar ausgewogen ernähren, scheitern aber oft an unverständlicher Kennzeichnung, Werbetricks, dem überbordenden Angebot zuckeriger und kalorienreicher Produkte oder schlechter Schul- und Kantinenverpflegung.

Wir fordern:

**Gesunde Lebensverhältnisse für alle von Anfang an:** In Schulen und KiTas müssen verpflichtende Qualitätsstandards für das Essen gelten. Die Einführung einer täglichen Schulsportstunde sollte geprüft werden.

**Gesündere Rezepturen von Fertigprodukten:** Die Lebensmittelwirtschaft muss im Kampf gegen die Volkskrankheit Diabetes Verantwortung übernehmen. Im Rahmen der Nationalen Strategie zur Reduktion von Zucker, Fett und Salz in Fertigprodukten auf Bundesebene müssen deshalb zügig Reduktionsziele und sinnvolle Evaluationsmaßnahmen mit der Wirtschaft vereinbart werden. Außerdem sollte geprüft werden, inwiefern fiskalischen Maßnahmen wie etwa eine Herstellerabgabe auf besonders süße Getränke zur Schaffung gesünderer Lebensverhältnisse eingesetzt werden können.

**Kinder schützen:** Ernährungsbildung als Präventionsmaßnahme wird bei Kindern erst dann wirklich breite Wirkung zeigen, wenn die bunte Werbewelt nicht ständig gegen die

Botschaften von Eltern und Lehrerinnen und Lehrern arbeitet. Ungesunde Lebensmittel sollten deshalb nicht mehr gezielt an Kinder vermarktet und beworben werden dürfen.

# Steuern und Finanzen

## Antragsbereich SF / Antrag 1:

### **Für eine gerechte Steuerpolitik!**

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert eine Steuerreform mit folgenden Eckpunkten auf den Weg zu bringen:

- Aus sozialen Gründen wird der Einkommensteuertarif für kleine und mittlere Einkommen bis etwa 50.000 Euro im Jahr gesenkt.
- Der Solidaritätsbeitrag, dessen Aufkommen längst auch in den armen Städten der alten Länder unverzichtbar ist, wird in die Einkommensteuer integriert.
- Da Steuersenkungen für die kleinen und mittleren Einkommen aus steuersystematischen Gründen unvermeidbar auch exorbitant hohen Einkommen steuerlich entlasten, ist im Gegenzug der Spitzensteuersatz ab 100.000 Euro zu versteuerndem Einkommen auf 49% und ab 250.000 Euro z.v.E. auf 52 % anzuheben.
- Private Kapitaleinkünfte (Zinsen, Dividenden, Veräußerungsgewinne) sollen künftig wieder mit dem progressiven Einkommensteuertarif besteuert werden. (Abschaffung der Abgeltungsteuer unter Berücksichtigung der Vorbelastung auf Unternehmensebene).
- Das Ehegattensplitting, das einseitig die Alleinverdiener-Ehe begünstigt, wird durch ein Modell ersetzt, das die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Ehegatten fördert.
- In der Erbschaftsteuer wird oberhalb der bisherigen Freibeträge, die Gleichmäßigkeit der Besteuerung hergestellt in dem die Ausnahmen für große Vermögen abgeschafft werden. Zur Sicherung der Arbeitsplätze gibt es hinreichende Stundungsregeln.
- Durch die Einführung einer Finanztransaktionsteuer sollen schädliche Spekulationen eingedämmt und der Finanzsektor angemessen besteuert werden.
- Aus Gerechtigkeitsgründen werden Steuerhinterziehung und Steuervermeidung wirksam bekämpft. Die Betriebsprüfung, die Steuerfahndung, die Bußgeld- und Strafsachenstellen sowie die Staatsanwaltschaften werden (in den Ländern) personell verstärkt. Darüber hinaus wird eine Bundessteuerfahndung eingerichtet.

Die Verjährungsfrist für Steuerbetrug wird verschärft.

Banken, die systematisch Beihilfe zum Steuerbetrug leisten, werden stärker zur Rechenschaft gezogen werden. Es wird eine sich steigernde Strafbewehrung eingeführt, die mit Strafzahlungen beginnt und bis zum Entzug der Banklizenz führen kann.

Der Umsatzsteuerbetrug wird stärker bekämpft. Gegenüber der Europäischen Union wird weiter eine Systemumstellung auf das Reverse-Charge-Verfahren gefordert.

Kassenmanipulationen sollten durch die Einführung einer Registrierkassenpflicht und einer Belegausgabepflicht eingedämmt werden.

Die Empfehlungen der OECD zur Bekämpfung der Gewinnverlagerung und Gewinnkürzung international tätiger Unternehmen werden vollständig umgesetzt. (BEPS)

Insbesondere wird eine europäische Initiative zur Abschaffung steuerliche Präferenzsysteme, beispielsweise sogenannter Patentboxen, auf den Weg gebracht werden.

---

## **Antragsbereich SF / Antrag 2:**

### **Mehr Steuergerechtigkeit bei der Erbschaftsteuer**

Die dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses entsprechende Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer ist unzureichend, weil die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nur halbherzig umgesetzt wurden. Die Privilegierung von Betriebsvermögen ist nach wie vor nur schwerlich mit dem Gleichheitssatz des Artikels 3 Grundgesetz vereinbar. Die Mandatsträger der SPD werden deshalb aufgefordert, sich auch weiterhin für die Beseitigung der Privilegierungen bei Steuerbefreiungen für Erben großer Unternehmen und für ein verfassungskonformes Erbschaftsteuerrecht einzusetzen.

Die Beachtung des Gleichheitssatzes ist dabei freilich nicht der einzige Aspekt von sozialer Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit verlangt gleichrangig auch die Beachtung des Sozialstaatsprinzips: Chancengleichheit und soziale Teilhabegerechtigkeit. Auch wenn diese Ziele nicht in einem Schritt erreichbar sind, muss ein verfassungskonformes Erbschaftsteuerrecht folgenden Anforderungen genügen:

- Die Erbschaftsteuer muss auch der Herstellung sozialer Chancengleichheit dienen.
- Mit der Erbschaftsteuer muss der Staat zielgerichtet auf gleiche Lebenschancen hinwirken.
- Der Konzentration des Vermögens muss entgegengewirkt werden.
- Anstelle der 10-Jahres-Regelung der Schenkungssteuer und der bisherigen Eingangsstaffelung, muss ein lebenslanger persönlicher Freibetrag von 1 Mio Euro und ein Steuersatz von 40 - 60 % je nach Steuerklasse eingeführt werden.
- Die Begünstigung gemeinnütziger Stiftungen muss insbesondere bezüglich der Transparenz und der zivilgesellschaftlichen Beteiligung bei der Kontrolle der Tätigkeit verbessert werden

---

## **Antragsbereich SF / Antrag 5:**

### **Keine Besserstellung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Kapitalertragsteuersätze so anzupassen, dass Einkommen aus Kapital und Arbeit gleich besteuert werden und so die Besserstellung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen beseitigt wird. Um Kleinsparer zu schützen soll gleichzeitig der Freibetrag auf Kapitaleinkünfte moderat angepasst werden.

---

**Antragsbereich SF / Antrag 7:**

**Öffentlich-private Partnerschaften**

Der Vorschlag des Sachverständigenrats, öffentliche Investitionen in die Infrastruktur von der Schuldenbremse auszunehmen, soll umgesetzt werden.

# Initiativanträge

## Antragsbereich INI / Antrag 1:

### **Stoppt den grün-schwarzen Bildungskahlschlag: Keine Kürzungen bei Kindern - Jugend - Bildung!**

Die SPD Baden-Württemberg wendet sich entschieden gegen die Pläne der grün-schwarzen Landesregierung, durch Stelleneinsparungen im Bildungsbereich den Haushalt zu konsolidieren. Insgesamt sollen nach Absicht der Landesregierung 1074 Lehrerstellen gestrichen werden – trotz steigender (!) Schülerzahlen. Kultusministerin Eisenmann (CDU) droht nun mit Verweis auf den grün-schwarzen Haushaltsentwurf den Ausbau der Ganztagsbetreuung, die Inklusion von Kindern mit körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung und den Informatikunterricht ab der 7. Klasse zu stoppen. Dies stellt einen großen Rückschlag für die Bildungspolitik in Baden-Württemberg und einen Rückfall in dunkelste CDU-Regierungszeiten dar.

Die Fortschritte der vergangenen Jahre in der Bildungspolitik müssen erhalten werden. Die Änderung des Schulgesetzes, die der Inklusion von Kindern mit Behinderung erstmals klare und am Kindeswohl ausgerichtete Rahmenbedingungen gesetzt hat, war einer der zentralen bildungspolitischen Meilensteine der letzten Legislaturperiode. Damit konnte nicht nur gewährleistet werden, dass auch Menschen mit körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung ihren Platz in unserer Gesellschaft erhalten, sondern auch erstmals die UN-Behindertenrechtskonvention in Baden-Württemberg umgesetzt werden. Der Rechtsanspruch auf Inklusion ist für die SPD keine Frage des „ob“, sondern des „wie“ und kann nicht zur Disposition gestellt werden. Insbesondere für die angestrebte Umsetzung des Zwei-Pädagogen-Prinzips brauchen wir dringend mehr Lehrkräfte.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass der Ausbau von Ganztagschulen notwendig ist, um der Lebenswirklichkeit von Kindern, genauso wie der ihrer Eltern im Land gerecht zu werden. Wer die Axt an den Ausbau der Ganztagschulen legt, muss einen Rückschritt bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verantworten. Die Eltern im Land, die sich bereits auf den Ausbau der Ganztagschulen eingestellt haben, stehen nun vor der Herausforderung, kurzfristig das Leben ihrer Familie neu zu organisieren. Die Kinder, die von der guten Pädagogik der Ganztagschulen in ihrer Entwicklung profitieren, werden durch die Pläne von Grünen und CDU zum Spielball politischen Streits. Auch die Kommunen brauchen Planungssicherheit. Die SPD hat in der letzten Landesregierung den Ausbau der Ganztagschulen mit Nachdruck vorangetrieben und die Ganztagschule erstmals in Baden-Württemberg im Schulgesetz verankert. Wir werden als SPD Baden-Württemberg weiter für den Ausbau der Ganztagschulen im Land kämpfen, um mehr Förderung für alle Kinder und damit mehr Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen.

Der Ausbau des Informatik-Unterrichts ist für uns kein „nice-to-have“, sondern Grundvoraussetzung dafür, dass wir unsere Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen nicht erst von morgen, sondern von heute vorbereiten. Jedes Versäumnis in diesem Bereich wird unsere Kinder in ihrem späteren Leben teuer zu stehen kommen. Es war ein großer Fortschritt, dass der Ausbau des Informatikunterrichts unter der SPD in der Landesregierung Schwung aufgenommen hat. Wir verurteilen das Vorgehen von Grünen und CDU, die dieses zentrale Zukunftsthema zum Inhalt von politischen Grabenkämpfen machen. Es ist schlichte Ignoranz, wenn die Landesregierung sich in all ihren Sonntagsreden zur Digitalisierung bekennt, bei der Bildung in diesem Bereich aber zum Kahlschlag ansetzt.

Die SPD Baden-Württemberg weiß: Nur eines ist noch teurer als Bildung, und das ist keine Bildung. Dass die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung kein Widerspruch zu mehr Investitionen in Bildung ist, hat die letzte Landesregierung mit Andreas Stoch im Kultusministerium und Nils Schmid im Finanz- und Wirtschaftsministerium gezeigt. Über 1,3 Milliarden Euro mehr in Bildung haben die baden-württembergische Schullandschaft deutlich besser aufgestellt, als je zuvor unter einer CDU-geführten Landesregierung. Dass die in der letzten Legislaturperiode insbesondere von den Grünen geforderte Streichung von 11.600 Lehrerstellen verhindert werden konnte, ist maßgeblich dem Widerstand der SPD zu verdanken. Seit 2014 haben wir alle Stellenabbaupläne auf Null gesetzt und fordern dies auch für diesen Haushalt. Dieser Wille scheint bei dem neuen Koalitionspartner CDU wohl zu fehlen. Für uns ist klar: Unsere Kinder sind unsere Zukunft und dürfen nicht zum Opfer der Koalitionsstreitigkeiten und Machtspiele von Grünen und CDU werden!

Wir fordern Grüne und CDU auf, angesichts steigender Schülerzahlen die Pläne zur Streichung von Lehrerstellen sofort zu stoppen! Die CDU-Kultusministerin fordern wir auf, den angekündigten Stopp bei Inklusion, Ganztagschulen und Informatikunterricht vom Tisch zu nehmen und die Politik der Nadelstiche gegen die Gemeinschaftsschulen, z.B. durch Drohung mit der Erhöhung des Klassenteilers, zu beenden.

Dabei darf es zu keinen Formel-Kompromissen kommen. Auch eine Verschiebung der Streichung löst keine Probleme. Jeden Euro, den Grüne und CDU heute bei der Bildung sparen, werden kommende Generationen um ein Vielfaches zurückzahlen. Die Schülerinnen und Schüler, die Eltern, aber auch die Lehrerinnen und Lehrer brauchen verlässliche Rahmenbedingungen in der Bildung.